

An die
Kommission der Europäischen Gemeinschaft
z. Hd. des Generalsekretärs
Rue de la Loi, 200
B-1049 Brüssel

Berlin, 02. Mai 2013

Beschwerde wegen Verstoß gegen EU-Recht durch einen Mitgliedsstaat

Nicht-Einhaltung und Verstoß gegen die Richtlinie 2001/42/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme durch die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, das Bundesministerium für Wirtschaft die Bundesnetzagentur

Zusammenfassung

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und die UVP-Gesellschaft e.V. (Gesellschaft für die Prüfung der Umweltverträglichkeit) erheben Beschwerde vor der EU-Kommission wegen Verstoß der Bundesregierung und verschiedener Ministerien sowie deren Behörden gegen die Richtlinie 2001/42/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (nachfolgend: EU-Richtlinie).

Kern der Beschwerde ist, dass in diesem Planungsverfahren zur Erstellung des Netzentwicklungsplans (NEP) 2012 ein Umweltbericht erarbeitet wurde, der den Anforderungen des § 14g UVPG (Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung) nicht entspricht. In Übereinstimmung mit der genannten EU-Richtlinie sind nach § 14g Abs. 1 Satz 2 UVPG die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen der Durchführung des Plans (hier: des Bundesbedarfsplans, der nach § 12e Abs. 1 EnWG auf dem NEP basiert) sowie **vernünftige Alternativen** zu ermitteln und im Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten. Bei der Erstellung und Verabschiedung des Bundesbedarfsplans erfolgt jedoch keine korrekte bzw. gar keine Prüfung vernünftiger Alternativen. Im Gegenteil, die Bundesnetzagentur hat in ihrem Umweltbericht sogar begründet, dass verschiedene Alternativen in der SUP nicht betrachtet wurden.

Der BUND hat sich in seinen Stellungnahmen zum Netzentwicklungsplan für einen Umbau des Stromnetzes ausgesprochen, wenn dieser Teil einer Gesamtkonzeption zur Transformation des Energiesystems hin auf eine effiziente Nutzung erneuerbarer Energien ist. Auch die UVP-Gesellschaft hat sich mit einer umfassenden Stellungnahme beteiligt. Die vielfältigen Einwände und Vorschläge wurden jedoch seitens der Netzbetreiber und der Bundesnetzagentur fast vollständig ignoriert. Insbesondere wurde keine Prüfung vernünftiger Alternativen im Sinne der EU-Richtlinie sowie des UVPG durchgeführt.

Nunmehr soll mit der geplanten Verabschiedung des Bundesbedarfsplans für sämtliche Stromleitungsplanungen der „energiewirtschaftliche Bedarf“ durch den Bundestag als Gesetz festgestellt werden. Die Frage der Sinnhaftigkeit und Erfordernis einer Leitung als Ergebnis einer grundsätzlichen Betrachtung vernünftiger Alternativen kann aber in den dann auf dieser gesetzlichen Grundlage folgenden Genehmigungsverfahren („Bundesfachplanung“, Planfeststellungsverfahren) nicht mehr in Frage gestellt werden. Damit steht der Netzentwicklungsplan als Grundlage für den Bundesbedarfsplan im Widerspruch zu der seit 2001 verpflichtenden Strategischen Umweltprüfung. Obwohl der BUND und tausende Einwander auf diesen eklatanten Mangel hingewiesen haben, hat die Bundesnetzagentur sogar bewusst und offen festgestellt, dass sie zahlreiche mögliche „vernünftige Alternativen“ nicht berücksichtigt und Auswirkungen der elektromagnetischen Felder auf Menschen in ihrem Umweltbericht nicht einbezieht.

Der BUND und die UVP-Gesellschaft behalten es sich vor, diese Beschwerde im Detail näher auszuführen und weitergehend zu begründen sowie weitere Aspekte zu ergänzen.

Im Einzelnen:

Die Beschwerde richtet sich darauf, dass auf allen Stufen der Erstellung der Ausbau- und Entwicklungspläne des Übertragungs-Stromnetzes die gemäß Richtlinie 2001/42/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme erforderlichen Prüfungen nicht oder sehr unzureichend durchgeführt wurden.

Die durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) durchgeführte Strategische Umweltprüfung im Rahmen der Erstellung und Prüfung des Netzentwicklungsplans 2012, der sodann von der Bundesnetzagentur am 26.11.2012 bestätigt wurde und der Bundesregierung als Vorlage für den Bundesbedarfsplan vorgelegt wurde, hat insbesondere keine „Prüfung der vernünftigen Alternativen“ gemäß § 14 g Abs. 1 Satz 2 ermittelt, beschrieben und bewertet. Sie wird damit den Anforderungen an eine SUP nicht gerecht, kann nicht als solche gewertet werden, womit das gesamte Planungsverfahren nicht konform zur EU-Richtlinie 2001/42/EG durchgeführt wurde.

Die Bundesnetzagentur hat keine Alternativen zum Netzentwicklungsplan bzw. keine alternativen Netzentwicklungspläne untersucht, wie insbesondere:

- der Einsatz verschiedener möglicher Stromgewinnungstechniken (z. B. Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft etc.) an verschiedenen Orten, insbesondere die Verlagerung eines Teils der geplanten Kapazität von Offshore-Windkraft in den Süden der Republik
- den Einsatz von Temperaturmonitoring
- den Einsatz von Hochtemperaturseilen
- den Ausbau eines dezentralen und regionalen steuerbaren Stromausgleichs für fluktuierende Stromerzeugung aus Windkraft und Sonnenenergie
- die Kappung von Einspeisespitzenleistungen um wenige Prozentpunkte

Diese und weitere Vorschläge zur Minderung des Netzausbaus und zur besseren Integration eines wachsenden Anteils erneuerbarer Energien im Stromnetz wurden auch durch den BUND zum 1. Entwurf des NEP 2012 am 9. Juli 2012 und zum zweiten Entwurf des NEP 2012 und Umweltbericht am 1. November 2012 bei der BNetzA eingereicht. Diese Stellungnahmen sind u.a. Teil dieser Beschwerde.

Der BUND hatte sich schon im Jahr 2010 für die zuvor entgegen dem EU-Recht fehlende Aufnahme von Planverfahren im Bereich Energie in das deutsche UVP-Recht eingesetzt. Hierzu hatte der BUND auch ein Rechtsgutachten erstellen lassen. Es zeigte sich klar, dass die Vorgaben der EU-Richtlinie 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme vom 27. 6. 2001 (Abl. EG I, 197:30) nicht und damit nicht korrekt in das deutsche UVPG übernommen worden waren. Ebenfalls war die SUP-Pflicht auch bei der Festlegung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit von Leitungen (heute „Startnetz“ genannt) durch das Energieleitungs-Ausbaugesetz EnLAG missachtet worden. Für diese „EnLAG“-Leitungen ist noch nicht einmal ein Umweltbericht erstellt worden, geschweige denn eine Alternativenprüfung durchgeführt worden. (vgl. W. Neumann, Stromnetzausbau und Umweltverträglichkeit - Notwendigkeit umfassender Konzepte und Prüfungen, in: UVP-Report 24 , Ausgabe 3, Hamm 2010, S. 118 f).

Diese in den Stellungnahmen des BUND vorgeschlagenen Maßnahmen wären alle geeignet, den Ausbau des Übertragungsstromnetzes zu reduzieren bzw. zu minimieren und damit entsprechende Umweltauswirkungen auf Mensch und Natur zu reduzieren. Diese Alternativen sind sämtlich technisch möglich und wären teilweise auch wirtschaftlich im Vergleich zum Netzausbau durchführbar. Sie sind daher als „vernünftige“ Alternativen im Sinne des UVPG einzustufen. Gleichwohl hat die BNetzA, obwohl der BUND und weitere Teilnehmer an der Konsultation des Netzentwicklungsplans diese Alternativen vielfach vorgeschlagen haben, diese Alternativen nicht in Betracht gezogen. Die BNetzA hat dies sogar explizit mit Hinweis auf § 14 f Abs. 2 Satz 2 UVPG abgelehnt, es sei ein „nicht zumutbarer Aufwand“, diese Alternativen einzubeziehen. Dieser Auffassung der BNetzA wird widersprochen: Der „Umfang“ der Untersuchungen und Darstellungen der Umweltprüfung (§ 14 f UVPG) bezieht sich rechtlich jedoch nicht auf die Frage, ob und welche Alternativen (§ 14 g UVPG) zu untersuchen sind.

Insbesondere kann es nicht hingenommen werden, dass mit dem Hinweis auf einen nicht zumutbaren oder finanziell zu aufwändigen oder zeitlich länger dauernden Aufwand nicht nur zahlreiche, sondern sämtliche(!) Alternativen im Rahmen der Erstellung und Prüfung des Umweltberichts, der als Strategische Umweltprüfung zur Vorbereitung des Bundesbedarfsplans diene, nicht einbezogen wurden. Vielmehr wurden bei der Erstellung des Umweltberichts nur die Ergebnisse des von den Übertragungsnetzbetreibern vorgelegten (2. Entwurfs) des Netzentwicklungsplans zugrunde gelegt. Diese Vorlage des NEP 2012 wurde jedoch nicht vor Erstellung des Umweltberichts durch die BNetzA einer kritischen Prüfung mit einer Einbeziehung „vernünftiger“ Alternativen unterzogen.

Zudem beruht die Erstellung des Netzentwicklungsplans 2012 auf dem Szenariorahmen 2012. Dieser gibt vier verschiedene Szenarien (davon drei mit dem Zieljahr 2022, einer mit Zieljahr 2032) vor, die die mögliche Entwicklung der Stromerzeugung aus fossilen und erneuerbaren Energien darstellen. Dieser Szenariorahmen wurde von den Netzbetreibern erstellt und von der BNetzA genehmigt (so auch wiederum der Szenariorahmen 2013). Schon an dieser Stelle wäre es Aufgabe der BNetzA gewesen, in Erwartung der eigenen Aufgabe, zur Erstellung einer Strategischen Umweltprüfung auch weitere vernünftige Alternativen z. B. schon bei der räumlichen und regionalen Verteilung der Erzeugungsanlagen (z.B. mehr Onshore-Windkraft im Süden) zumindest als ein weiteres Szenario einzubeziehen, bei dem absehbar war, dass damit der erforderliche Netzausbau reduzierbar ist.

Im weiteren Schritt der Vorlage des 1. Entwurfs des NEP 2012 vom 29. Mai 2012 und dem Eingehen von über 2000 Einwendungen und Hinweisen bis zum 9. Juli 2012, wären es Möglichkeit und Pflicht der BNetzA gewesen, den Netzbetreibern entsprechende Auflagen zur Änderung des NEP-Entwurfs sowie zur Ausarbeitung und Darlegung der von den Einwendern teils mehrfach und in gleicher Richtung gehenden vernünftigen Alternativen vorzugeben. Dies ist seitens der BNetzA und den Netzbetreibern nicht erfolgt. Ebenso ist hierzu keine Vorgabe oder Weisung seitens der Bundesregierung und der zuständigen Ministerien erfolgt.

Hingegen hat die BNetzA in ihrem Schreiben zur „Festlegung des Untersuchungsrahmens für die Strategische Umweltprüfung zum Bundesbedarfsplan Übertragungsnetzausbau“ vom 2. August 2012 festgestellt (Kap. 2.1.2), dass die BNetzA gemäß § 12 c (2) Energiewirtschaftsgesetz zur Vorbereitung des Bundesbedarfsplans den Umweltbericht erstellt und hierzu nach § 14 b (1) und Anlage 3 Nr. 1.10 UVPG eine SUP durchführt. Sie hat aber in Kap. 2.2.2. zur Frage der „Berücksichtigung vernünftiger Alternativen“ festgestellt, die Alternativen seien schon „im Rahmen der NEP-Konsultation im Vergleich der vier Szenarien betrachtet worden“. (S. 13) Dieser Auffassung wird seitens des BUND widersprochen, da diese Szenarien keine Alternativen des Netzausbaus, also der Frage wie viele Leitungen neu- oder umgebaut werden müssen, darstellen. Diese Szenarien stellen den so genannten „Szenariorahmen“ möglicher energiewirtschaftlicher Entwicklungen dar, also wie der Name schon sagt – einen Rahmen –, innerhalb dessen dann verschiedene Alternativen der Netzentwicklung hinsichtlich der Umweltauswirkung zu untersuchen, zu bewerten und auszuwählen sind.

Ebenfalls hat die BNetzA festgestellt, „die Betrachtung des Einsatzes verschiedener Energiegewinnungstechniken an verschiedenen Orten, wie es die Umweltvereinigungen (BUND, DNR, DUH, NABU und WWF) fordern“, seien keine Alternativen „im Sinne der SUP“. Auch dieser Auffassung wird im Rahmen dieser Beschwerde widersprochen. Es ist nicht Sache und Zuständigkeit der BNetzA selbst darüber zu entscheiden oder vorzugeben, wie weit die Untersuchung und Ausführung „vernünftiger“ Alternativen geht, die sie selbst einzubeziehen hat. Daher geht die BNetzA auch fehl, wenn sie weiter feststellt, „eine(!) Alternativenplanung wäre im Rahmen des Ausbaubedarfs des deutschen Übertragungsnetzes grundsätzlich denkbar, ist aber mit nicht zumutbarem Aufwand im Sinne von § 14 f Abs. 2 Satz 2 UVPG verbunden.“ (S. 14). Hiermit stellt die BNetzA sowohl fest, dass sie gar keine Alternativenprüfung durchführen will, das ja „eine“ solche schon unzumutbar sei und stellt zudem im grundlegenden Widerspruch zum Recht des UVPG, das Kostengesichtspunkte bei der Umweltprüfung nicht kennt, dass sie ohne weitere Untersuchung über den Prüfaufwand die Durchführung der gesetzlich gebotenen Prüfung vernünftiger Alternativen im Rahmen der SUP ablehnt.

Mehr noch, behauptet die BNetzA, die „Zumutbarkeit der Durchführung der Alternativenprüfung, wäre Vorbedingung für die Durchführung einer SUP, dass die jeweiligen Alternativen im NEP konkret benannt würden.“ (S. 15) Hier widerspricht sich die BNetzA in ihrer Argumentation selbst, da sie zuvor behauptet hatte, die Szenarien im NEP wären schon „die Alternativen“. Die BNetzA hätte es aber selbst in der Hand gehabt, den Netzbetreibern im Zuge der Vorlage der Entwürfe des NEP solche Ausführungen zu technischen Alternativen oder räumliche anderer Verteilung von Erzeugungsanlagen vorzugeben. Da kann sie sich nicht darauf berufen, solche Voraussetzungen für eine SUP lägen nicht vor, wenn sie selbst diese nicht eingefordert hat. Insofern die BNetzA sich hier auf § 14 f UVPG bezieht, geht sie ebenfalls fehl, da die Frage der Darlegungstiefe der UVP hinsichtlich der zu prüfenden Umwelt und Schutzgüter nichts mit der Vorgabe der Prüfung von Alternativen gemäß § 14 b UVPG zu tun hat. Alternativen sind vorzulegen, soweit diese „vernünftig“ also realisierbar und nicht völlig abwegig sind – inwieweit dann die Prüfung der Auswirkungen mehrerer Alternativen geht, ist eine Frage auch nicht der Kosten, sondern der

„Zumutbarkeit“, also im wesentlichen des Aufwandes, in welche Detailtiefe die Untersuchung gehen muss, um zwischen(!) verschiedenen Alternativen eine Auswahl zu treffen. Die BNetzA hatte jedoch sich sogleich geweigert, Alternativen überhaupt zu prüfen, ein klarer Verstoß gegen das EU- und nationale UVP-Recht.

Vielmehr wurde – unsere Auffassung bestätigend – in einer Stellungnahme des Bundesumweltministeriums sogar festgestellt, dass das Fehlen von vernünftigen Alternativen die rechtliche Sicherheit und Bestand der Netzentwicklungsplanung und des darauf beruhenden Bundesbedarfsplans erheblich beeinträchtigt sowie damit auch die gesellschaftliche Akzeptanz einer Netzausbauplanung ohne Einbeziehung vernünftiger Alternativen stark in Frage gestellt. Mit Schreiben vom 26.10.2012 stellt Dr. Sagenstedt vom BMU (Az. ZG III 4-42282/3) fest, „das Fehlen einer substanziellen Alternativenprüfung könnte aus hiesiger Sicht mit rechtlichen Risiken und Akzeptanzproblemen verbunden sein“. Für diese Alternativen macht das BMU sodann konkrete Vorschläge. Hierbei wird nochmals betont, „die Alternativenprüfung ist ein elementarer Bestandteil der SUP“. Um eine effektive Umweltvorsorge zu betreiben, ist es notwendig, zu einem möglichst frühen Planungsstadium Alternativen zu untersuchen (...). (S.1f Schr. d. BMU). Er stellt sogar fest, „zweifelhaft ist eher, ob eine SUP den Aufwand lohnt, wenn sie keine Alternativenprüfung enthält. Denn eine solche SUP ist ein Torso mit relativ geringem Erkenntniswert für die Ausgestaltung des Bundesbedarfsplans“(S.5). Im Folgenden wird durch das BMU auch die Argumentation der BNetzA widerlegt, z.B. dass man im Umweltbericht keine Alternativen prüfen könne, die nicht vom NEP-Entwurf benannt seien, da die SUP hier nicht mit einer UVP verglichen werden könne, die sich nur auf die Alternativen des Vorhabensträgers beziehen könne. Jedenfalls zeigt diese Stellungnahme des BMU zu den SUP-rechtlichen Fragestellungen, dass das für SUP-Fragen zuständige Ministerium gegenüber der BNetzA festgestellt hat, dass der Umweltbericht grundlegende Anforderungen an eine SUP nicht erfüllt. Gleichwohl ist dieser Umweltbericht der BNetzA Ende November durch die BNetzA wiederum bestätigt worden und wurde durch die Bundesregierung zur Grundlage für die Vorlage des Bundesbedarfsplans gemacht. Dies zeigt, dass weiterhin und fortgesetzt und auch mit voller Erkenntnis des Verstoßes gegen die Vorschriften des UVP-Rechts und der EU-Richtlinie im Bundesbedarfsplan verstoßen wird. Selbst fachlich höchst fundierte Hinweise zu grundlegenden fachlichen und formellen Fehlern wurden ignoriert.

Zudem hat die Bundesnetzagentur die Umweltprüfung des bis dahin vorliegenden 2. Entwurfs des NEP 2012 nur unzureichend durchgeführt. Die BNetzA hat – sich selbst als Untersucher und Prüfer – einen Kriterienkatalog vorlegt, der beschreibt, welche Fragestellungen in welcher Tiefe im Umweltbericht zu prüfen sind. Hierbei wurden explizit die Prüfung der Auswirkungen elektromagnetischer Felder und die Einbeziehung möglicher Schutzabstände zu Wohnsiedlungen aus der Umweltprüfung ausgeschlossen. Die Prüfung von vernünftigen Alternativen wie z.B. die Wahl anderer Methoden zur Findung von Anfangs- und Endpunkten von Leitungsverbindungen, der Vergleich zwischen den Optionen von Freileitung und Erdkabel wurde hiermit umgangen.

Sodann hat die BNetzA eine Ermittlung und Bewertung einiger Umweltbelange auf Grundlage des 2. Entwurfs des NEP 2012 erstellt und hat hierbei bezogen auf den Untersuchungsraum in Form von Ellipsen zwischen den möglichen Netzanschlusspunkten der vorgeschlagenen Leitungen durchgeführt. Die Bewertung hat die zwischen den Netzanschlusspunkten gelegenen Bereiche nach verschiedenen Empfindlichkeitskategorien bewertet und darauf aufbauend auch Gesamtbewertungen einzelner Leitungen nach den „Intensitäten“ und „Umfang“ der Auswirkungen (mit den Bezeichnungen A,B,C sowie # und ##) erstellt. Es erfolgte jedoch kein Vergleich zwischen verschiedenen alternativen Optionen innerhalb der Vorhaben des NEP 2012 als auch nicht unter Einbeziehung vernünftiger Alternativen, die z.B. einen Verzicht auf bestimmte Leitungen bedingt hätten oder die andere Start- und Endpunkte bedingt hätten.

Für bedenklich hält der BUND auch, dass bezogen auf die Umweltprüfung des NEP 2012 die BNetzA sowohl in der Rolle einer Genehmigungsbehörde gegenüber den Netzbetreibern agiert als auch bei der Erstellung des Umweltberichtes selbst den Untersuchungsrahmen für die eigenen Untersuchungen definiert, die Untersuchungen und Bewertungen erstellt und sodann den eigenen Umweltbericht im Rahmen der Genehmigung des Netzentwicklungsplans „mitgenehmigt“ und diesen als Grundlage der Bundesbedarfsplanung bestätigt. Damit ist keine unabhängige Kontrolle der SUP möglich. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung, ob auf Ebene der Strategischen Ebene als auch auf der Ebene der Findung von Trassenkorridoren oder Leitungsführungen setzt aber voraus, dass eine unabhängige Prüfung der von anderer Seite (z.B. der Netzbetreiber, Investoren) vorgelegten Prüfung der Umweltauswirkungen erfolgt. Dies ist aufgrund der Konstruktion der § 12 a-f des Energiewirtschaftsgesetzes, des § 5 NABEG und des UVPG nicht der Fall. Teil der Beschwerde ist daher auch, dass die Funktionen der Planentwicklung, Planprüfung, Erstellung und Prüfung des Umweltberichts sowie die Funktionen der Genehmigung eigener Prüfungen und nachfolgender Planungsschritte bei der Bundesnetzagentur nicht getrennt sind. Zur Sicherstellung einer von der Planerstellung fachlich unabhängigen SUP sollten diese Funktionen getrennt werden.

Eine Strategische Umweltprüfung setzt als Kernstück und Wesensmerkmal dieser vergleichenden Prüfung von verschiedenen „strategischen“ Varianten voraus, dass wie gesetzlich gefordert, die „vernünftigen“ Alternativen dieser Prüfung zugrunde gelegt werden, so dass ein Vergleich zwischen den Umweltauswirkungen auf Mensch und Natur verschiedener Alternativen durchgeführt werden kann. Dies ist bei der Netzentwicklungsplanung und dem Umweltbericht der BNetzA nicht erfolgt. Diese Kritik wird nicht nur seitens des BUND erhoben, in ähnlicher Weise hat die UVP-Gesellschaft e.V. eine umfassende Kritik an der scheinbaren „Alternativlosigkeit“ des NEP und dessen Umweltberichts vorgelegt.¹

Sowohl auf der Stufe des Szenariorahmens, der Stufe der Erstellung des Netzentwicklungsplans 2012, der Stufe der Erstellung des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan, als auch bei der Vorlage des Gesetzes zum Bundesbedarfsplan und dessen (geplanter) Verabschiedung im Deutschen Bundestag wurden keinerlei vernünftige Alternativen gemäß der Vorschrift in § 14 g Abs. 1 Satz 2 ermittelt, geprüft und bewertet.

Insofern also schon auf der Ebene der Netzentwicklungsplanung und des zugehörigen Umweltberichts keine SUP mit Alternativenprüfung erfolgte, dürften die aus dem Bundesbedarfsplan bei den einzelnen folgenden SUP-Verfahren in der Bundesfachplanung und die UVP in Planfeststellungsverfahren in der Problematik stehen, dass in diesen nachfolgenden Verfahren eingebrachte Vorschläge für Alternativen nicht mehr berücksichtigt werden können oder dürfen. Da aber nach Auffassung des BUND die Bundesbedarfsplanung (NEP 2012 und Umweltbericht/SUP) keine oder keine ausreichenden Alternativen berücksichtigt haben, muss es möglich sein, dieses Manko in allen weiteren Verfahren zu berücksichtigen und auszugleichen.

Der BUND und die UVP erheben auf Grundlage dieser Ausführungen Beschwerde bei der EU Kommission, dass die Bundesregierung sowie die Bundesnetzagentur gegen die EU-Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung verstoßen haben.

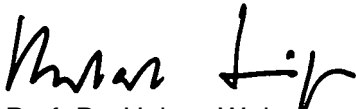
Der BUND und die UVP bitten die EU Kommission, die Bundesregierung zur Durchführung einer korrekten SUP mit Alternativenprüfung auf allen Schritten der Netzentwicklungsplanung aufzufordern.

¹ UVP-Report 26 (3+4) : S. 198-199, 2012 – Stellungnahme der UVP-Gesellschaft e.V. zum Entwurf des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan 2012 auf der Basis des Netzentwicklungsplans

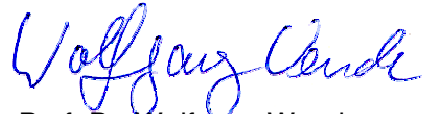
Gegebenenfalls müssten auch Gesetze oder Zuständigkeiten geändert werden, um eine gemäß EU-Richtlinie erforderliche umfassende und unabhängige Strategische Umweltprüfung in den Verfahren zur Netzentwicklung sicherzustellen.

Wir ermächtigen hiermit die Kommission, bei ihren Kontakten mit den Behörden des Mitgliedstaats, gegen den die Beschwerde gerichtet ist, unsere Identität zu offenbaren.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender des BUND



Prof. Dr. Wolfgang Wende
Vorsitzender UVP

Fachliche Erarbeitung:

Dr. Werner Neumann

Sprecher des Bundesarbeitskreises Energie im Wissenschaftlichen Beirat der BUND

Anlagen